

# Haushaltsantrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

	<p>Datum: 23.11.2011</p> <p>Antragsteller: <b>Freie Wähler Rödermark</b></p> <p>Verfasser/in: <i>Manfred Rädlein</i> <i>Peter Schröder</i></p>				
<b>Antrag der Freien Wähler: Gebühren Kinderbetreuung</b>					
<p>Beratungsfolge:</p> <table><thead><tr><th><i>Datum</i></th><th><i>Gremium</i></th></tr></thead><tbody><tr><td></td><td>Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss Stadtverordnetenversammlung</td></tr></tbody></table>		<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss Stadtverordnetenversammlung
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>				
	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss Stadtverordnetenversammlung				

## Sachverhalt/Begründung:

In Rödermark besteht ein gutes Angebot für die Betreuung von Kindern ab dem ersten Lebensjahr. Die FWR unterstützen im Grundsatz die Bemühungen der Stadt Rödermark, den Bürgern ein breit gefächertes Angebot zur Verfügung zu stellen und dies auch weiter auszubauen um Chancengleichheit und bestmögliche Förderung der Kinder zu gewährleisten.

Die Kosten für die Kinderbetreuung insgesamt sind im Haushaltsplan 2012 mit ca. € 8,7 Mio (Se. ordentliche Aufwendungen 4.1 / + € 0,6 Mio = + 8% gegen 2011) angesetzt. Die von den Eltern zu zahlenden Betreuungsgebühren decken aber die anfallenden Kosten nur zu einem sehr geringen Grad (ca. 13%).

Für die Mittagsverpflegung soll lt. Satzung eine vom Magistrat auf Grundlage der tatsächlich anfallenden Kosten festzulegende Pauschale gezahlt werden. Der Haushaltsplan 2012 weist aber hier einen Fehlbetrag von € 264T (+ € 60T = ca. 30% gegen 2011) aus.

Der im Haushaltsplan 2012 insgesamt ausgewiesene Fehlbetrag wird zum weitaus größten Teil durch das Produkt Kinderbetreuung verursacht. Es ist in hohem Maße unsozial, dass man den heute gut betreuten Kindern eine schwere Schuldenlast für ihre Zukunft aufbürdet, zum Vorteil der jetzigen Elterngeneration. Es wäre unredlich, die Kinder von heute als den Wohlstand von morgen zu bezeichnen ohne die gleichzeitige Bereitschaft für die Realisierung dieser Aussage heute angemessene Beiträge zu leisten.

Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, dass die Eltern sich deutlich stärker an den Kosten für die Betreuung ihrer Kinder beteiligen, soweit es zumutbar ist.

### **Beschlussvorschlag:**

- 1) Die Gebühren für alle Formen der städtischen Kinderbetreuung (Krabbelgruppe, Kindergarten, Schulkinderbetreuung) werden in den nächsten 4 Jahren stufenweise so angehoben, dass der Kostenbeteiligungsgrad der Eltern im Jahre 2012 ca. 20% beträgt und von 2013 bis 2015 um jeweils weitere 5% ansteigt.
- 2) Soweit Eltern oder Alleinerziehende sich nicht in der Lage sehen, die erhöhten Gebühren aufzubringen, kann im Einzelfall auf Antrag der monatlich zu entrichtende Betrag auf 1% des zu versteuernden Jahreseinkommens gemäß der vorzulegenden Steuererklärung des Vorjahres, mindestens aber auf die derzeit von den betreffenden Personen zu entrichtenden Gebührensätze begrenzt werden.
- 3) Die Pauschale für die Mittagsverpflegung wird so angepasst, dass sie die tatsächlichen Kosten in Gänze abdecken.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Zustimmung:**

**Ablehnung:**

**Enthaltung:**